

WOCHENZEITUNG Mi 15.3 - 22.3.89

Courage

No 17



Alle Tage uns

gezählt die tage
keine feuerschrift
an den mauern
kein vogel rock
der den himmel überspannt

in den hirnen
bröckelputz
sinter
überdauernder härte
und haß

das fadenkreuz
auf alles gerichtet
was anders ist
das messer unter'm hemd
zu allem bereit

gezählt die tage
eure tage
der weiße rauch
der luntten
beißt an eurem horizont
alle tage uns

PETER JEREMY Ettl





UNIVERSITÄT UND HOCHSCHULE IN DER KRISE

Es scheint, als würden die Universitäten und Hochschulen alle 20 Jahre aus ihrem "Dornröschenschlaf" aufwachen. 1948, als die Freie Universität Berlin und die Deutsche Hochschule für Politik wiedereröffnet wurden. 1968, als sich die StudentInnen gegen den starken Antikommunismus in der BRD und für internationale Solidarität gegen imperialistische Unterdrückung engagierten. Und 1988 - ein neuer Aufklärungsschub durch eine StudentInnenbewegung?

1968 waren es die - so jedenfalls interpretierten - Tendenzen zum autoritären Staatswesen, die jene StudentInnen auf die Straße trieben, die die Demokratievorstellung der Re-education ernstgenommen hatten. Jede Bombe der US-Amerikaner, die in Vietnam auf Hue oder Hanoi traf, zertrümmerte gleichzeitig das Ideal des "american way of life" - ein Ideal, daß heute schon längst zerstört ist, und die Anlässe zu Protesten gegen Wirtschafts imperialismus viel diffiziler auftreten, weil nicht mehr Bomben sondern Banken die Länder in die Knie zwingen. Anlässe zu Protesten stehen heute eher im Zeichen von Ozonloch, Treibhaus-Effekt,

GAU-Gefahr, In-Vitro-Fertilization, Gentechnologie u.s.w.; deren Entstehung und Gefahren nicht so leicht mit konkreten, weltanschaulichen Denkweisen in Kontakt zu bringen, oder gar als deren Auswirkungen, auf einfachem Weg, zu identifizieren sind.

Entwicklungen:

Ein nicht zu verschweigender Grund, der an vielen Stellen für die Proteste auslösend war, ist das krasse Mißverhältnis von Personal- und Sachmittel zu den StudentInnenzahlen. Von 10.000 EinwohnerInnen in Deutschland bzw. der BRD waren 1830/31 gerade 5,4 an einer Hochschule, 1930/31 waren es 15,8, und 1987/88 ist die Zahl 217,6 ! Hatte 1830 ein Professor noch 10 Studenten zu betreuen, so kommen heute auf jeden ProfessorIn 46 StudentInnen. Dies macht eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden als persönliche Begegnung unmöglich und läßt die große Kälte an der Hochschule entstehen; die es dann auch den StudentInnen unmöglich macht sich mit ihrer Hochschule zu identifizieren. Ein weiterer Grund für die Unzufriedenheit und die Proteste ist die immer stärkere Einschränkung der demokratischen Mitbestimmungsrechte der StudentInnen. Das, was ProfessorInnen aus den anderen Angehörigen der Universität hervorhebt ist in erster Linie ihre Langzeitanstellung, der - Lebenszeit-Beamtenstatus - der aber doch kein Grund sein kann dieser funktionalen Gruppe das Geschick von Instituten, Fachbereichen, der Universität insgesamt zu übergeben. Die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden kann nur hergestellt werden, wenn sie in die Struktur der Universität eingeschrieben wird, die sich gleichermaßen auf Lehre und For-

schung beziehen müssen. (Ist es doch illusorisch in einer Gesellschaft, in dem Umfang und mit der Struktur, die die Universität umgibt, die Universität - gleichsam als Insel - ohne Struktur zu schaffen.)

Doch allein ein Wandel der Struktur wird nicht genügen, wenn Hochschullehrende sich in Seminaren immer wieder 100 StudentInnen gegenüber sehen, deren Anzahl jede Didaktik und Entwicklung wissenschaftlicher Phantasien und aufgelegte Debatten scheitern läßt. Hinzu kommt noch, daß die Bildungsfunktion von der Universität nur dann übernommen werden kann, wenn die an ihr beteiligten Personen in ihrer Arbeit einen gesamtgesellschaftlichen Bezug sehen und sie daher aufklärerisch-kritisch denken. Daran mangelt es, nicht zuletzt, bei den ProfessorInnen.

Nun mag der Einwand kommen, daß die StudentInnen kein Bildungsinteresse haben, und Universität als Service-Betrieb zur Ausbildung haben wollen. Fragt mensch nun weiter, so entdeckt er zweifelsohne, daß hier ein großer Wandel von 68 zu heute besteht; scheiden doch bei struktureller Massenarbeitslosigkeit die Mechanismen des Arbeitsmarktes diejenigen wirksam aus, deren Angebot der Nachfrage nicht entspricht, was viele dazu veranlaßt sehr schnell ihr eigentliches Bildungsinteresse an den Nagel zu hängen, um auf den "Arbeitsplatzersfolgs-Ausbildungs-Zug" rechtzeitig aufzuspringen. So erscheint die StudentInnenbewegung, der Streik und Ausstand, auf den ersten Blick, recht unpolitisch, wenn die StudentInnen eine bessere Qualifikation durch den Ausbau von Personal und Ausstattung fordern. Dahinter steckt jedoch mehr, denn die Verunsicherung über den Lauf der Welt (Umweltkatastrophen u.v.m.) weckt das Verlangen nach "Durchblick", in die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse, die Denkformen der Menschen und deren Traditionen, das eigene Denken, Fühlen und Handeln.

In einer Universität, deren Lehre aufgrund der hohen StudentInnenzahlen zu einem Ausbildungsservice wird (Diplomproduktionsstätte), ist keinE Profes-

sorIn in der Lage ihre/seine Reputation aus einem vollen Hörsaal zu beziehen, mag das Tischeklopfen auch immer wieder erfreuen. Vielmehr scheint es ein "Volks-sport" unter den ProfessorInnen zu sein Prestigegewinn durch das Leeren von Hörsälen und die Reduktion der StudentInnenzahl zu erzielen. Heute entscheidet sich die Stellung einer Universität, Instituten und damit auch der ProfessorInnen an der Summe der eingeworbenen Drittmittel, der Zahl der Publikationen und der Häufigkeit von Zitationen in anderen Werken. Dies, obwohl mensch immer noch von "HochschullehrerInnen" und nicht von "HochschulforscherInnen" spricht.

Es macht sich geradezu ein Ausverkauf der Wissenschaften breit, die allesamt von Kürzungen bedroht, ihre Zielsetzung auf Daseinsrechtfertigung nach außen richten, statt sich, auf kritischen Diskurs und Auseinandersetzung mit den Inhalten zu konzentrieren; um dann die Publikation folgen zu lassen. Diese Verdrehung führt heute sogar so weit, daß Universitäten auf Fachmessen um das Ansehen der Wirtschaftskreise buhlen.

Es ergibt sich ein Widerspruch zwischen den Ausbildungsleistungen und dem Bildungsangebot der Universitäten, die Vielen, eigentlich Allen offen stehen sollte, und der Forschung, die excludent ist und oft sogar dem Bildungsangebot zuwiderläuft, da sie diesen die wenigen Ressourcen noch entzieht und oft genug der Lehre nicht dient, zumal wenn es sich um Auftragsforschung handelt. Der Hang nach dem Einwerben von Drittmittelgeldern - Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur - entfernt die ProfessorInnen nicht nur von der StudentInnenschaft, sondern entfacht auch unter den ProfessorInnen einen Konkurrenzkampf der zu Verlust der Gesellschaftlichkeit an der Hochschule führt und das Interesse an einem kritischen Disput untereinander lahmlegt.

Kritische Wissenschaft aber muß sich gegen jede Zersplitterung und Trennung wenden und immer wieder den Diskurs herausfordern, wenn sie sich nicht den perspektivischen Blick auf die Entwicklungstendenzen des gesellschaftlichen Ganzen, für das sie Verantwortung trägt, verstellen lassen will.

In Anlehnung an E. Altvater
Franz Schapfel

.....sorry...my...friend.....I...cannot...open...the...file

AS GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN DER INFORMATIK

Wir leben - so ist oft genug zu hören - im Zeitalter der Telekommunikation, der Ära der Informations- und Kommunikations- (IuK-) Technologien. Nachrichten gelten als Ware, für die oftmals nicht teuer genug bezahlt werden kann. Der Computer - nur richtig programmiert - wird als Antwort auf alle Fragen über das Leben, das Universum und den ganzen Rest begriffen. Nur das richtige Programm und schon lösen sich alle Probleme in Wohlgefallen auf.

Alle InformatikerInnen wissen (hoffentlich), daß es damit eben nicht getan ist. Der Computer als Universalmaschine ist eben kein Universalproblemlöser. Wer hat aber dann ein Interesse daran, daß in der Öffentlichkeit ein Bild gezeichnet wird, das diese Kiste mystifiziert, sie zu den Ehren der Altären erhebt und selbst jeglicher Vernunft entbehrt? Zum einen das Kapital und dies sogar in zweifacher Hinsicht: nicht nur als Produzent, Verkäufer und Benutzer dieser neuen, 'lebensnotwendigen' Technologie, sondern schon alleine dann, wenn zu einem zu verkaufenden Produkt eine wie auch immer geartete Verbindung zu Computern gezogen werden kann und sei sie noch so an den Haaren herbeigezogen. Zum anderen dient die massive Einführung der IuK-Technologien auch den Standesinteressen der beteiligten WissenschaftlerInnen und sei es, daß sie auch nur im weißen Kittel vor einer solchen Kiste stehend beobachtet wurden.

Und es stellt sich die Frage: Wieso sind die Menschen bereit diesen Mythos anzunehmen? Dafür sind die verschiedensten Gründe zu nennen: einerseits wird überall behauptet, daß die Welt so komplex werde, daß Computer benötigt werden, um sie zu beherrschen; andererseits werden durch zunehmende Verwissenschaftlichung nur noch rationale Begründungen für Handeln akzeptiert. Damit aber

erhöht sich die Akzeptanz für vom Computer diktierte 'Entscheidungen'. Der Computer als wissenschaftlich fundiertes Orakel: damit wird der Verzicht auf die eigene Mündigkeit wesentlich erleichtert. Dies ist eindeutig im Interesse der Herrschenden.

Wie ist aber diese Entwicklung aufzuberechen? Grundsätzlich herrscht Resignation unter den Massen - es sei sinnlos sich für Politik zu interessieren, geschweige denn, sich zu engagieren. In den meisten 'Diskussionen' der Medien wird nur Sachzwangargumentation betrieben. Utopien haben keine Chance. Allgemein wird über chronisches Unwohlsein geklagt, aber niemand wagt es, das Krebsgeschwür beim Namen zu nennen. Das wollen wir tun: Dienstags 18.00h in 25/06.



Einige Studenten haben mich gebeten zu lehren, daß die bürgerliche Gesellschaft korrupt ist. Also: Die bürgerliche Gesellschaft ist korrupt! Kehren wir nun zum Problem der deckungsgleichen Dreiecke zurück... (Aus „Purch“)

AG BILDUNGSPOLITIK

Während der Streik- und Aktionswochen wurden von uns StudentInnen viele Forderungen an PolitikerInnen und Profs (und auch an uns selbst) aufgestellt, die zum Teil aus einem materiellen Mangel heraus begründet sind (Wohnungsnot, Überfüllung der Unis), zum Teil aber auch das Bildungssystem selbst, die Funktion der (Aus)Bildung in unserer Gesellschaft hinterfragen und verändern wollen.

Dieses sind keineswegs abstrakte Forderungen, die nichts mit uns und der Hochschule zu tun haben, sondern es stehen konkrete Fragestellungen dahinter, die ganz direkt unser Dasein an der Hochschule betreffen.

Wie wollen wir lernen, damit wir nicht zu WissenschaftlerInnen ausgebildet werden, die die Anforderungen der Gesellschaft erfüllen, ohne sie zu hinterfragen? Wie muß eine Hochschule aussehen, in der Wissenschaft und Verantwortungsbewußtsein unabdingbar zusammen gehören? Wie kann demnach eine Bildung erworben werden, die mehr als bloße Ausbildung ist?

Welche Folgen hat die Tatsache, daß

Arbeitsleistung einer der wichtigsten Werte unserer Gesellschaft ist auf unsere (Aus)Bildung? Wie könnte das unter den veränderten Arbeitsbedingungen in der Zukunft aussehen?

Welche Folge hat die Benachteiligung an den Hochschulen auf die Wissenschaft? Wie kann eine Gleichberechtigung erreicht werden? Und was könnte durch sie erreicht werden?

Zu diesen Fragen, und wahrscheinlich noch einer ganzen Menge mehr, müssen wir eigene Ziele entwickeln und diese auf dem Hintergrund einer fundierten und ausführlichen Diskussion formulieren. Unsere Vorgehensweise in der AG greift dabei die wichtige Forderung auf, daß sinnvolles Lernen selbstbestimmt sein muß, und unsere persönlichen Erfahrungen und Bedürfnisse mit einbeziehen, ja als Grundlage anerkennen muß. D.h. wir werden ausgehend von unseren eigenen Wünschen und Erfahrungen die Frage diskutieren, wo nötig durch angeeignete Theorie ergänzen, um konkrete Ziele zu formulieren.

Die AG Bildungspolitik trifft sich Mittwochs um 18:00 Uhr in der Kuhle im Architekturgebäude.



AS ABSCHAFFUNG DER HOCHSCHULE

In unserer letzten Sitzung diskutierten wir die These, daß alle, die "an der Uni nicht in Hierarchie erzogen [werden]... schwerlich in der Hierarchie z.B. eines Betriebes effektiv verwertbar sein [werden]. So ist der Angriff auf die Hierarchie an der Uni ein Angriff auf die gesellschaftliche Hierarchie!" (Courage 16) In der Diskussion ging es uns darum, zu beleuchten, ob die These

haltbar ist und ob die Hierarchien an der Hochschule unabhängig von der Gesamtgesellschaft angegriffen werden sollten. Dabei stellten wir fest, daß hierarchische Strukturen zur Aufrechterhaltung dieser Gesellschaft notwendig sind. Wir lehnen jegliche Hierarchie ab, da sie Ausdruck von Ungleichbehandlung und Unterdrückung von Menschen ist. Wie aber sind Hierarchien gesamtgesellschaftlich abzubauen? Unser Hebel ist die Hochschule. Zum einen ist eine wichtige Funktion der Hochschule die Ausbildung von Menschen,

in der gesellschaftlichen Hierarchie zu funktionieren. Zum anderen genießt die Uni eine gewisse Vorreiterrolle. Wenn die Hierarchien an der Hochschule angegriffen werden, dann werden diese Hierarchien offengelegt und deren Existenz bewußt. Dabei werden Alternativen entwickelt (z.B. im Kleinen: autonome Seminare), die über die genannte Vorbildfunktion und über die Beziehungen zur Industrie in die Gesellschaft getragen werden und damit auch dort zum Abbau von Hierarchien führen. Gesellschaftliche Machtstrukturen spiegeln sich in den universitären Hierarchien wider. Daher bedeutet ein Angriff auf die Unihierarchien immer auch einen Angriff auf die Gesellschaftsstrukturen. Konkret

werden diese Hierarchien zum Beispiel im Frontalunterricht, in der Prüfungsordnung und der Notengebung spürbar. Gesellschaftlich bedeuten diese eine Einteilung der beteiligten Menschen in lehrend und lernend, in konform und nicht konform und gut und schlecht. In dieser Gesellschaft soll immer schon zwi-

sehen GewinnerInnen und VerliererInnen unterschieden werden. Da Prüfungen niemals objektiv sein können, da sie Studieninhalte vorschreiben, da sie Ausdruck des gesellschaftlichen Leistungsdrucks und der Selektion sind, und da durch sie die Stellung in der Hierarchie bestimmt und legitimiert wird, lehnen wir sämtliche Prüfungssysteme ab.

TÜRKEI

DAS GEHT AUCH UNS AN ...!

Aufgrund eines unter Folter erzwungenen Geständnisses wurde ein türkischer Kommilitone in der Türkei zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt!

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde der Vorsitzende des Studentenvereins der M.E.T.U. - zusammen mit 7 anderen Studenten der M.E.T.U. - festgenommen. Alle hatten an einer Demonstration zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk teilgenommen. Tarik Topcu, der Vorsitzende des Studentenvereins, sowie seine Kommilitonen wurden gefoltert. Dies

ist keine Vermutung oder gar eine falsche Anschuldigung! Diese Folter wurde amtsärztliche bestätigt. Das - auf den 17. März 1988 datierte Attest liegt nun auch bei uns vor. Tarik Topcu ist aufgrund der unter Folter erzwungenen Aussagen zu 8 Jahren Haft verurteilt.

Was uns als Studierende am der THD mit Tarik Topcu verbindet?

Was hier schlichte Selbstverständlichkeit, Wahl und Mitarbeit in hochschulpolitischen Gruppen, die die studentischen Interessen vertreten, ist an der Partneruniversität der THD der Middle East Technical University alles andere als selbstverständlich.



Karikatur: ALTAY MARTI

AMASYA

StudentInnen, die ihre Interessen an Hochschulen und in der Gesellschaft zu vertreten suchen, werden verfolgt, willkürlich verhaftet, eingesperrt und gefoltert.

Gerade an der M.E.T.U. sind die Verhältnisse besonders drastisch: auf dem gut bewachten Campus, 5 Kilometer vor Ankara im Blickfeld der Polizeibehörde, patrouillieren noch immer schwerbewaffnete Einheiten paramilitärischer Polizei (Jandarma). Der letzte Militärputsch in der Türkei liegt nun acht Jahre zurück (12. September 1980), die türkische Regierung gibt vor, nun wieder zu demokratischen Verhältnissen zurückgekehrt zu sein. Noch immer werden aber StudentInnen wegen ihrer Aktivitäten im



İSMET YAŞAR



Studentenverein verhaftet. Dem Studentenverein der M.E.T.U. -wie auch den Vereinen an anderen Universitäten - wird die Zulassung verweigert. Auf dem Campus darf er nicht aktiv sein. Indem die Verantwortlichen die Kompetenz hin- und herschieben, alle vorgeben, für die Zulassung des Vereins nicht zuständig zu sein, wird der Verein und seine Mitglieder in eine Illegalität gezwungen, die sie jederzeit dem Zugriff der Polizei aussetzt.

Nach wie vor werden StudentInnen der M.E.T.U. mit Disziplinarmaßnahmen drangsaliert, dabei reicht der Verwaltung als Grund oft schon die Verweigerung des Mensaessens. Manche werden für Tage, Wochen und Monate von dem Campus ausgeschlossen. Je nach Dauer heißt dies, daß damit auch das Studium beendet ist, denn die 3-5 Prüfungen

im wöchentlichen Durchschnitt dürfen nicht unendlich oft wiederholt werden. Wer nicht anwesend sein kann, ist durchgefallen!

Das StudentInnenparlament der THD hat bereits auf seiner 3. Sitzung am 5.5.1988 eine Resolution verabschiedet mit der es die Verwaltung der M.E.T.U. auffordert, alle Disziplinarverfahren gegen politisch aktive StudentInnen zu unterlassen.

Wir, die StudentInnen der Partneruniversität müssen Solidarität beweisen und weiterhin dafür eintreten, daß diese Repressionen ein Ende haben. StudentInnen, die aufgrund politischer Verfolgung ihr Studium an der M.E.T.U. nicht fortführen können, muß die Beendigung ihres Studiums an der THD ermöglicht werden.

Unser dringlichstes Anliegen im Moment aber sollte die Freilassung von Tarik Topcu und der anderen Gefolterten sein. Auch der Präsident der THD, H. Böhme, hat seine Unterstützung zugesagt und wird dem Gefangenen Tarik Topcu einen Studienplatz an der THD anbieten.

Gemeinsam werden AStA und Präsidentschaft eine Brief an Tarik senden. Gleichzeitig werden türkische Zeitungen sowie die Verwaltung der M.E.T.U. unterrichtet werden.

Tarik Topcu und alle, aus politischen Gründen Gefangenen müssen unverzüglich freigelassen werden. Der Studentenverein der M.E.T.U. sowie alle Studentenvereine in der Türkei müssen endlich offiziell zugelassen werden.

Startbahn-Chaoten in der Streikzeitung?



Auch an der THD werden unter immer stärkeren Einfluß und immer stärkerer Abhängigkeit von der Wirtschaft Technologien entwickelt, die von einem wachsenden Teil der Bevölkerung zunehmend als Bedrohung empfunden werden und gegen die auf verschiedene Weise versucht wird, Widerstand zu leisten. Gleichzeitig erweist sich der Parlamentarismus als unfähig, auch nur Moratorien (also Denkpausen z.B. zum Thema Gentechnik/Freisetzungsdiskussion) durchzusetzen. Diese Ohnmacht, die die Betroffenen vor Ort (also z.B. die Bürgerinitiative gegen die Startbahn West) noch weitaus deutlicher zu spüren bekommen und die auch wir spüren werden, wenn wir versuchen Streikforderungen durchzusetzen, die über mehr Reagenzgläser oder Rechner hinausgehen, ist auch Grund dafür, daß Leute zu Protestformen greifen, die sie früher nie akzeptiert hätten. Zu diesen Leuten gehört Uschi James, die sich zur Zeit wegen Beteiligung an einem Strommast-Anschlag und zusammen mit anderen auch wegen Gründung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung im Prozeß um die Todesschüsse an der Startbahn West verantworten muß. In einer Erklärung schildert sie die Entwicklung ihres Protestes von einem „völlig normalen bürgerlichen Leben“ bis hin zu ihrer Beteiligung an dem Strommast-Anschlag vom 26.8.86 in Offenthal. Uschis Erklärung vom 2.3.89 dokumentieren wir hier im Wortlaut:

Ich habe mir lange überlegt, ob ich vor diesem Gericht eine Erklärung abgeben soll oder nicht. Mir ist klar — schon aus der Tatsache heraus, daß unterschiedliche Delikte wie Strommastumsägen, Schmuggel von Feuerwerkskörpern in die BRD bis hin zum Mord unter einer Anklage laufen — daß man uns hier alle hängen sehen will, daß dieser Prozeß zur Abschreckung dienen soll, wie auch die gesamte Kriminalisierung seit dem 2. November 87 dazu dienen soll, den Widerstand gegen die Startbahn-West, aber auch jeden anderen Widerstand gegen Unrecht und Wahnsinnprojekte zu zerschlagen, und daß Erklärungen von uns Angeklagten grundsätzlich zu unseren Ungunsten gedeutet und ausgelegt werden können.

Trotz dieser Einschätzung habe ich mich den-

noch zur Abgabe einer Erklärung entschlossen. Ich möchte versuchen hier dazulegen, warum ich mich an dem Strommastenanschlag am 26.8.86 in Offenthal beteiligt habe.

Nachdem ich jahrzehntelang ein völlig normales bürgerliches Leben geführt habe mit heiraten, kinderkriegen, hausbauen in Schweden und Australien, kam ich 1970 nach Deutschland, und Frankfurt wurde meine neue Heimat. Ich begann mich politisch zu interessieren und machte meine ersten bitteren Erfahrungen darin, wie unsensibel gegen Menschen und Natur vorgegangen wird, als man in den 70ziger Jahren gegen den Willen der ortsansässigen Bevölkerung den Bischofsheimer/Enkheimer Wald dem Bau der A 66 opferte, d.h. ein bis dahin zusammenhängendes Naherholungs- Waldgebiet als solches völlig zerstörte. Als ich damals die tiefe Wunde in den Wald hineinschlage sah, erfüllte mich dieser Anblick mit einem ungeheuren Schmerz.

Mit dieser Vorgeschichte meines zerstörten Waldes ist auch mein Engagement in der Startbahnbewegung entstanden, in der ich seit 1980 bin.

Seit jeher gegen Gewalt

Seit jeher bin ich gegen Gewalt gewesen, und ich bin auch heute noch unbedingt gegen jede Gewalt gegen Menschen. Ich habe meine beiden Söhne zu Pazifisten erzogen. Ich habe auch zu Beginn der Auseinandersetzung um die Startbahn-West versucht, Leute davon abzuhalten, mit Steinen zu werfen. Ich habe geglaubt, daß man diesen Konflikt mit friedlichen, demokratischen Mitteln lösen könne, d.h. ich habe geglaubt, daß, wenn so viele Menschen gegen die Zerstörung ihres Waldes und ihrer Lebensbedingungen seien, ein Volksbegehren den Bau dieser Startbahn verhindern könne. Dieses Volksbegehren wurde ja bekanntlich nie zugelassen.

In der Anklageschrift ist auch eine sogenannte „Geschichte der Startbahn 18 West“ enthalten. Nachdem ich diesen gelesen hatte, fragte ich mich, ob ich denn an einer ganz anderen Startbahn gewesen sei all die Jahre. Ich kann mir diese vorliegende Version nur so erklären, daß sie, was die Auseinandersetzungen betrifft, einzig und allein aus Polizeiberichten zusammengestellt ist.— An der Startbahn-West, an der ich gewesen bin, ging es nämlich zu Anfang, d.h. 1980 für mich ganz anders, nämlich





friedlich zu. Da wurde diskutiert mit den Beamten im Wald, da wurde z.B. bei der Besetzung des 7ha Geländes der anrückenden massenhaften Polizei freundlich Schokolade und Tee angeboten.

Wenn dort Gewalt entstanden ist, dann war die durch das Verhalten der Polizei entstanden, und unsere Reaktion auf diese äußerst brutale Gewalt, die sich z.B. ausmachte in den sogenannten Ausfällen der Polizei, bei denen friedlich im Wald einhergehende Menschen überfallen und zusammengeschlagen wurden von knüppelnden Polizisten. Es wurden sogar Sanitätshütten überfallen, wo schwerverletzte Menschen von ihren Bahren heruntergeprügelt wurden. Ich habe einen Gottesdienst im Freien miterlebt, wo Bläser Kirchenlieder spielten, wo Menschen dazu sangen. In diese friedliche Menge sind dann knüppelschwingende Polizisten gestürmt haben Alte, Frauen und Kinder geschlagen. Die Menschen wurden damals wie Tiere durch den Wald gehetzt,— ich habe mehrmals Todesängste gehabt. Ich erinnere auch an die Geschehnisse an der Rohrbachstraße,— das war blanker Terror, der auf uns traf in jenen Jahren.

Erfahrungen verändern die Menschen

Das sind Fakten. Und da muß einfach vom Staat akzeptiert werden, daß sich durch diese schrecklichen Erfahrungen eine ganze Menge in den Menschen verändert hat, und daß diese Erlebnisse, wenn sie nicht zu Angst und Resignation geführt haben, vielfach den Nährboden zur Akzeptanz von Gewalt bereitet haben. Meine AKW-Gegnerschaft, die sich über Jahrzehnte in absoluter Gewaltfreiheit ausdrückte, d.h. in friedlichen Demos gegen Atomkraft, Teilnahme an Veranstaltungen und öffentlichen Diskussionen usw., diese Gewaltfreiheit hat eine Ohnmacht erfahren im Laufe der Jahre, und zwar insbesondere nach den Vorfällen Harrisburg, Sellafeld und anderen Störfällen in AKWs und schließlich Tschernobyl.

Meine Beteiligung an dem Strommastenanschlag in Offenthal war ein verweifeltes Aufschrei, weil ich mich hilflos und bedroht fühlte. Ich habe in den letzten 10 Jahren viel gelesen über die Gefährlichkeit von AKWs und das in deren Nähe häufige Auftreten von Leukämie, Schilddrüsenkrankheiten und Mutationen an Pflanzen, die fahrlässige Handhabung von radioaktivem Material bei Lagerung und Transport. Über allem steht die absolut nicht

zu bewältigende Problematik der Abfallbeseitigung. Ich mußte miterleben, wie trotz vielfacher Warnungen angesehener Wissenschaftler und dem Protest breiter Bevölkerungsschichten immer weiter gemacht wurde in diese Richtung. Als Tschernobyl passierte, ist mir klar geworden, stärker als bisher, daß alle unsere friedlichen Proteste nichts bewirken, und daß man etwas anderes, spektakuläres tun müsse, um die Menschen wachzurütteln.

Umfassende Bedrohung

Ich weiß, daß das Umsägen von Strommasten eine Beschädigung fremden Eigentums darstellt, aber moralisch habe ich es vertreten können. Ich stehe auch heute noch zu meiner Tat. Mein Ziel ist, daß immer mehr Menschen beginnen nachzudenken und umzudenken. Ich will, daß es andere parlamentarische Mehrheiten gibt, die eine menschenfreundlichere Umwelt schaffen sollen und es auch wollen. Es gibt in diesem System keine Rettung aus der drohenden ökologischen Katastrophe, solange es nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Wirtschafts und Verteilungsformen kommt. In der jetzigen Gesellschaft empfinde ich eine umfassende Bedrohung, die mir Angst und die mich hilflos macht.

Aber wenn ich mich bedroht fühle, d.h. mein Leben und das meiner Kinder und der gesamten Menschheit durch Aufrüstung, Atomwirtschaft, Lagerung von Giftgasen, Verseuchung von Luft, Wasser und Boden — ja dann muß ich mich doch wehren dagegen, dann ist das für mich eine Pflicht. Gedanken an Sabotage verdichten sich doch gerade durch diese Bedrohung und die Hilflosigkeit ihr gegenüber. All diese Mißstände bringen doch den kritischen Bürger — nachdem er seine demokratischen Möglichkeiten, etwas zu verändern ausgeschöpft hat — dazu, letztendlich einen anderen Weg zu suchen, wenn er Verantwortung fühlt, auch für seine Nachkommen. Und ich will mir später nicht den schrecklichen Vorwurf machen lassen müssen, den ich meinen Eltern machte, nämlich „Ihr habt das doch alles gewusst, warum habt Ihr nichts dagegen getan.“

...dann muß ich mich doch wehren

Daß ungeheures Unheil angerichtet werden kann durch den Gehorsam des Bürgers dem Staate gegenüber, haben wir gesehen anhand

schalten sich Jugendamt, Polizei und Justiz kontrollierend und strafend ein. Je nach Alter, Art der Normverletzung und gesellschaftlicher Stellung werden die verschiedensten Maßnahmen ergriffen: Geldstrafen, Freizeitarbeiten, Heimeinweisung, Bewährungsstrafen, Psychatrie oder Knast. Das System der sozialen Kontrolle wirkt zum einen direkt auf die einzelne Person (Sanktion). Andererseits soll den normenkonform Lebenden durch die Bestrafung von NormverletzerInnen die Wirksamkeit und Gültigkeit von bestehenden Gesetzen vor Augen geführt werden. So werden sie in ihrem angepaßten Verhalten bestätigt und können sich positiv von den "ÜbeltäterInnen" abheben. Um dieses Gefühl und damit auch die Loyalität mit den Herrschenden und ihren Normen noch zu verstärken, wird durch die Medien der/die NormverletzerIn zum Feindbild aufgebaut. Es wird z. B. gezielt der Eindruck erweckt, es handle sich bei den Gefangenen generell um "gewalttätige VerbrecherInnen" (Tatsächlich sitzen jedoch ca. 70 % wegen Eigentumsdelikten (Klauen) im Knast), vor deren blutrünstigen Aktivitäten nur der Staat Schutz bietet. Durch diesen angeblichen Schutz der Allgemeinheit legitimiert der Staat ganz nebenbei seinen Herrschaftsanspruch und den Ausbau der Maßnahmen und Institutionen zur Sicherung von Gesetz und Ordnung.

Der Blick darauf, daß die Gesetze und Normen nur der Durchsetzung der Interessen der Herrschenden dient, ist verschleiert. Es ist z. B. kein Zufall, daß gerade in dem kapitalistischen Staat der BRD das "Recht auf Eigentum" so betont wird. Mit diesem Eigentum ist zum allergrößten Teil der Reichtum gemeint, der durch Ausbeutung der lohnabhängig beschäftigten Personen zustande gekommen ist. Und so lange wir uns über den/die LadendiebIn aufregen, merken wir nicht von wem wir eigentlich bestohlen werden.

Gerade die Uni lenkt unseren Blick auf die/den LadendiebIn und nicht auf die Gesellschaft. Die Funktion der Uni besteht ja auch gerade darin, die herrschenden Verhältnisse zu reproduzieren.

Solange wir die Vorgänge in Memmingen nur schlimm finden, jedoch nicht danach fragen, warum es diese Prozesse gibt und warum es den § 218 gibt, erfüllt die Uni ihre Funktion blendend. Frauen haben während der gesamten Menschheitsgeschichte versucht die Anzahl der Nachkommenschaft selbst zu bestimmen (Kindestötung, Verhütungsmittel, Abtreibung). Es ist eine Geschichte der Herrschaft über die Frauen unter welchen Bedingungen sie dies machen konnten. (Hexenverfolgung, bürgerliche Ehe, Kapitalismus, Krieg). Der § 218 ist das Instrument der Herrschenden



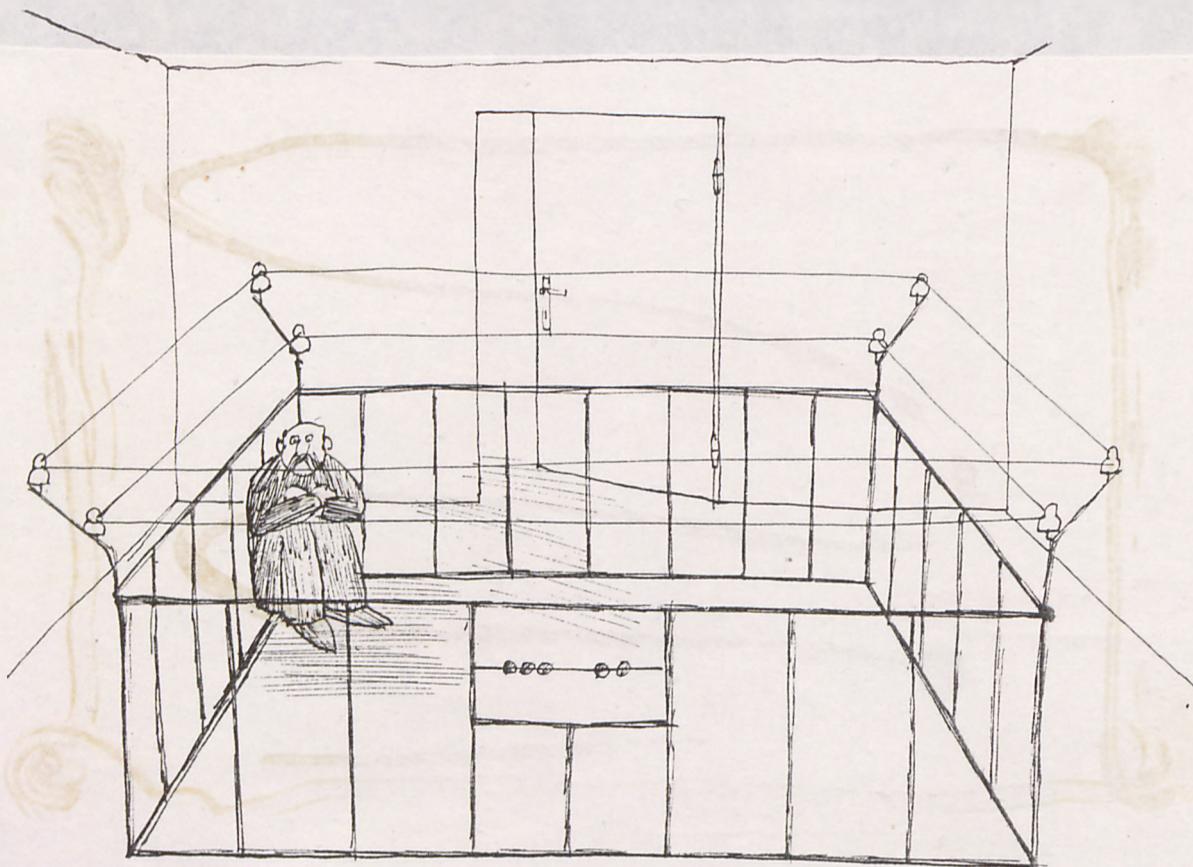
der jüngsten deutschen Geschichte, und daß Ungehorsam heute nötig ist, zeigen doch die ganzen Mißstände, von denen wir umgeben sind, und die immer mehr werden, und die es gilt aufzudecken und aufmerksam auf sie zu machen. Gerade bei der Atomindustrie haben wir doch feststellen müssen, daß wirtschaftliche Interessen vorrangig sind vor der Sicherheit des Bürgers, und daß Großkonzerne wie z.B. die RWE mit starrem Blick auf eine Gewinnmaximierung die Gefährdung von Mensch und Natur in Kauf nehmen, indem sie die Umweltverseuchung mitbetreiben. Und staatlich wird das Ganze dann gestützt und gefördert. Der Staat bietet diesem Wahnwitz ebenso wenig Einhalt wie er der Beteiligung an der atomaren Nachrüstung Einhalt gebietet. Ich denke da an die Reaktion der Regierung auf den NATO-Doppelbeschluss 1983 und die immer noch in den Köpfen einiger Politiker umhergeisternder Ideen einer „atomaren Option“, denen ja im Jahre 1996, wenn der Atomwaffensperrvertrag ausläuft, keine Zügel mehr angelegt werden brauchen. Ich zitiere Albert



Schweitzer, der in einem Brief aus Lambarene aus dem Jahre 1961 schrieb, „man habe es leider mit verblödeten Staatsoberhäuptern zu tun, die mit der Atombombe spielen. Wer sich zum Anwalt der Vernunft mache, müsse damit rechnen, als Kommunist gebrandmarkt zu werden. Mehr falle den Widersachern der Humanität leider nicht ein.“ Zitat Ende. Damals nannte man sie Kommunisten — heute Terroristen!

Zu dem Umstand, daß sich die Dinge, derer wir hier angeklagt sind, in dieser Richtung entwickelt haben, möchte ich bemerken: Der Staat ist nicht untätig bei dieser Entwicklung gewesen. Ich möchte dem Gesagten nichts mehr hinzufügen und verweigere jede weitere Aussage. Ich widerrufe außerdem meine am 25.11.87 vor dem Ermittlungsrichter gemachten Aussagen bis auf das Geständnis meiner Tatbeteiligung am Strommastanschlag am 26.08.86.

[ZITIERT NACH "SOLIDARITÄT" NR.3,
PROZESS-INFO DER BI GEGEN
FLUGHAFENERWEITERUNG FFH.]



**WIE MANN FÜR KINDER WIRBT UND FRAUEN
ENTMÜNDIGT**

Mit dem Slogan "Mit Kindern leben" betraute die baden-württembergische Sozialministerin Barbara Schäfer eine Initiative, die sich - überkonventionell und überparteiisch gebend - zur Unterstützung der "neuen" CDU-Familienpolitik gründete. Selbst in Baden-Württemberg scheint die Möglichkeit einer per Gesetz geregelten Entmündigung von Frauen - nichts anderes bedeutet der § 218 und die angestrebte Verschärfung desselben - in so weiter Ferne, daß sich Späth und Konsorten auf eine neue - bisher einzigartige - Strategie verschrieben haben.

Von baden-württembergischen Plakatwänden ruft in Zukunft nicht mehr nur der wahre Mann auf meilenweit für ein Camel zu laufen; bald tönt von Litfaßsäulen und Kinoleinwänden: "Vor 6 Monaten wollte er noch abhauen." Der Kopf eines jungen, adretten Erzeugers schmust sich - scheinbar sanftan den Bauch einer schwangeren Frau. Die Bildunterschrift: "Wenn ein neues Leben offensichtlich wird, hat es das erste große "Lebensproblem" bereits hinter sich" und der Ausschnitt, der auf dem Photo nur ihren Bauch zeigt, stellen klar heraus, **FRAUEN SIND NUR GEBÄRBÄUCHE UND STELLEN DAS PROBLEM DER KINDER DAR!** Auch die Frage, warum ein Mann die Beziehung zu einer Frau aufrecht erhält, will dieses Plakat beantworten, denn vor sechs Monaten wollte er ja noch gehen. Der abschließende Satz: "Aber: In und nach dieser "Lebensentscheidung" brauchen Frauen Unterstützung, schwächt die bereits gemachte falsche Schuldzuweisung keineswegs ab.

Auf einem anderen Plakat wird z. B. zu lesen sein: " Kind oder Schule? " Oma" hat mir die Wahl erspart", wobei eine 17 Jahre alte Schülerin vorgibt: "Mein Selbstbewußtsein wächst mit meinem Bauch. " Die Aussagen des hier präsentierten Menschenbildes sind deutlich: Frauen erhalten ihr Selbstbewußtsein insbesondere in einer Schwangerschaft, und dies vor allem dann, wenn sie ihre eigene Verantwortung ignoriert und



delegiert haben. Doch diese Strategie verspricht noch mehr: sind die Kinder in Omas Händen, wofür bracht man dann noch Kindertagesstätten? Auch das Problem der Arbeitslosen könnte hier seine Lösung finden, Frauen werden, um der Kinder willen, und weil sie Kindererziehen schon einmal geübt haben, den Männern und Vätern ihre Arbeitsplätze überlassen. →

BERATUNGSSTELLE





NEIN ! Dieser Artikel ist nicht mit dem Argument abzutun, eine wildgewordene Feministin habe wieder einmal ihren Männerhaß vom Leibe schreiben müssen. Alle bisher erschienen Auszüge zur "Werbung für's Kind" reden von Männern; Männer, die arbeiten, die studieren, oder die zumindest arbeiten wollen. Frauen wird hier nur ganz nebenbei Berufsarbeit zugestanden, und wenn, dann nur in einem kleinen Nebensatz. Die alte frauenverachtende Rollenzuweisung, Frauen an den Herd und zu den Kindern, Männer dürfen arbeiten gehen, ist also mitnichten überholt, sondern wird vielmehr weiterhin propagiert.

Die Legitimation der Kampanie wird u.a. darin beschrieben, ein besseres Klima für Kinder und Familien herbeizuführen. Oft ist von einem finanziellen Problem, welches ein Kind mit sich bringt, gar keine Rede. Die finanzielle Belastung wird stillschweigend der Familie in die Schuhe geschoben: mit dem Erziehungsgeld und den finanziellen Hilfen der Großeltern werden sie es schaffen."

Nicht zuletzt aber entlarft sich diese "Werbung für's Kind" in der Art und Weise ihrer Finanzierung selbst. Gott-Vater Lothar Späth hat versprochen, die Werbung dürfe ebenso viel kosten wie die AIDS-Aufklärung defacto 6,2 Millionen DM. Da aber versäumt wurde, diese Summe im Haushalt einzuplanen, werden nun 4 Mill. aus dem Etat des Sozialministeriums umgeleitet. Was Werbung für Kinder in Baden- Württemberg heißt, steht in den Protokollen der Haushaltsverabschiedung: Kürzung der Landeszuschüsse zur Stadtrand-erholung von Schulkindern und Kürzung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. All die hehren Statements der Plakatwände zeigen sich hier in ihrer ganzen Verlogenheit.

Auch die Form dieser Kampanie spricht für sich selbst. Hier wird für Menschen geworben in der Manier, in der andere versuchen, Zigaretten zu verkaufen. Ebenso wie die Persilwerbung gezielt verschweigt, welche Nachteile das Waschmittel für Umwelt und den einzelnen Menschen mitsichbringt. Die Kampanie steht für das ethische Bild der CDU und beweist ein weiteres Mal wie menschenverachtend Politik betrieben wird.

Courage - immer - pünktlich - praktisch gut!

Im Streit um den § 218 beschwören gerade die Konservativen mit dem Argument, es müsse in erster Linie um die "schutzwürdigen Belange des ungeborenen Lebens gehen", die humanistische Ader ihrer WählerInnen. Würde mensch sich aber dieser Argumentation einmal etwas konsequenter stellen, offenbarte sich die Kurzsichtigkeit derselben; gerade in Anbetracht der zitierten Kampagne!

Das Leben wird nicht lebenswerter solange Menschen, was gerade diese Form der Kampagne zeigt, wie Konsumgüter behandelt werden. Lebenswertes Leben heißt doch zuerst einmal selbstbestimmbares Leben und fordert somit das Recht und die Unterstützung der Fähigkeiten dieses eigene Leben selbst zu bestimmen. Wer das Recht auf diese Fähigkeiten verweigert, reduziert die menschliche Existenz gerade um das, was sie ausmacht, die Chance, über das eigene Sein zu entscheiden. Wer dies tut, hat die Uhr weit ins Mittelalter hinein zurückgedreht.

Die Zeit der Leibeigenschaft, in der die adligen Herrschaften ihren Untertanen die Lebensform diktierten ist lange überwunden. Das Relikt - § 218 - das immer noch die ureigenen, individuellen Entscheidungen reglementiert und eine freie Entscheidung, in Eigenverantwortung ausschließt, muß endlich der Vergangenheit angehören.



Hier ist
ein Loch
(gewesen!)

Die (aller-)letzte Meldung (diesmal leider nicht aus dem Archiv!):

Der hessische Kultusminister Christean Wagner (CDU) ist dafür, daß demnächst in den Schulen wieder alle drei Strophen des 'Deutschlandliedes' gelernt und gesungen werden. "Der Patriot" könnte damit zeigen, daß er sein Vaterland über alles liebt. ÜBER ALLES?!

IMPRÄSUM:
Die über-unabhängige neue C*-
Redaktion proudli presents:
Die 17. Courage*, 15.-22.3.89,
1500 mal am Stück und garan-
tiert gefühlsecht.
Verantwortlich sind immer die
wo da warn, wo da die Leut'
sind, die wo da die Courage*
machen. (Tel.: 2217)

AKTIONEN DER STUDENTINNEN DER THD

zur Wahlkampfveranstaltung der CDU mit Dr.G.Stoltenberg (Dr.S.) in der Eberstädter Jahnturnhalle am 27.2.89..

Da sich die Verhältnisse an unserer Hochschule seit dem "Streik" nicht geändert haben, wollen wir keine Gelegenheit auslassen auf die Mißstände an der THD hinzuweisen. Da drängte sich die Veranstaltung mit dem Finanzminister geradezu auf, um unseren Forderungen und unserem Protest als Forum zu dienen.

Die Aktionsformen der StudentInnen spalteten sich in 2 Richtungen:

- Eine Diskussionsgrundlage zu schaffen, auf der Basis des offenen Briefes an Dr. Stoltenberg und
- eine Störaktion mit Zwischenrufen und Luftballons, Die die vielfältigsten Möglichkeiten boten, den Redner aus dem Konzept zu bringen und die Aufmerksamkeit auf unsere Probleme zu lenken.

Nun wurde der "kühle klare aus dem hohen Norden" mit der Situation eiskalt fertig. Er ging auf uns ein. Er nahm sich das Thema Bildungspolitik zuerst vor. Er behandelte es ausführlich und kam zu folgenden Schlüssen:

Es gab eine Fehleinschätzung über die Entwicklung der StudentInnenzahlen. Diese fällt aber in die Zeit der SPD-FDP Koalition. Dr. S. hilft uns. Er ist zwar die falsche Adresse (Vgl. Kulturhoheit der Länder), aber trotzdem finanziert er das 2 Milliarden Programm auf 7 Jahre. Er erkennt durchaus, daß das nicht alle Probleme lösen wird. (Vgl. 7 Milliarden für 2 Jahre, Einschätzung des Bedarfs vom Hochschulverband). Auch wir tragen Verantwortung und müssen etwas tun. Wir packen uns am eigenen Schopf und ziehn uns aus dem Sumpf. Allein die optimale Ausnutzung der Kapazitäten bringt uns weiter. Es kann doch nicht angehen, daß während der Semesterferien alles brach liegt.

- über die Folgen dieser Optimierung, nach dem Grundsatz "time is money", der Ausrichtung der Bildungspolitik auf rein wissenschaftliche Effizienz, schwieg Dr.S. - außerdem behandelte er auch andere wichtige Themen. Er sprach z.B. zu Ausländerpolitik, Ost-West'-konflikt, NATO u.v.a.m. Dr.S. weiß um die Sorgen und Ängste der Bevölkerung. (Und jetzt aufgepaßt: die Argumentationskette) Doch diese sind grundlos, da "die CDU Deutschland gestaltet und vorangebracht hat."



So wird auch in Zukunft die Lösung der Probleme bei der CDU immer in der rechten Hand liegen.

Unter großem Beifall sprach Pfeffermann (CDU) das Schlußwort: daß jetzt Schluß ist für Störenfriede in CDU-Veranstaltungen. Solche Leute werden nicht mehr reingelassen. Es gibt Saalverbot für alle, die da stehen außer den Saalordnern. "Es geht (uns) nicht um die Zukunft der Städte, es geht um Provokation." Diese Worte Pfeffermanns gilt es zu diskutieren. Anders formuliert: mit welchen Mitteln und in welchem Rahmen lassen sich Inhalte und Forderungen überhaupt vermitteln? Darin sehen wir die Kernfrage für unser weiteres Vorgehen.

AG Bildungspolitik



Wie anno 1957 im kalten Krieg:
Keine Experimente!

Unser aller Heiner-OB hat — ganz im Sinne der CDU-Werbung — aufgepaßt: Er hat Wort gehalten und wird nach dem Wahltag keine Koalition mit den Grünen in Darmstadt eingehen. Recht so! Weiter so! SPD/CDU/FDP koalieren weiter, wenn auch nicht mehr so elephantös wie vor dem 12.März. Keine Bange, OB Metzger! An der Durchsetzung dieser knallharten, bürgerfeindlichen Macht- und Machterhaltungspolitik der „etablierten“ Parteien wollen sich die Grünen auch gar nicht beteiligen.

Völlig ätzend ist jedoch Metzgers Statement vom Wahlabend zum Abschneiden der Grünen in Darmstadt. Zitat: „Der Trend der Protestwähler ging überwiegend zu den Grünen, weil sie anders als in Frankfurt keine Alterna-

tive auf der rechten Seite hatten.“ Letztere ist in Darmstadt auch gar nicht nötig, denn besser als durch Metzgers SPD kann die rechte Wählerklientel kaum vertreten werden.

So gesehen richteten sich die GrünwählerInnen nur gegen das selbtherrliche Auftreten und gleichzeitige Abdriften des Darmstädter SPD/CDU/FDP-Klüngels nach rechts. Aber des OB's großherzogliche Arroganz und seine krassen Fehleinschätzungen der politischen Lage lassen ihn eines Tages sicher auch seinen Abgang von der politischen Bühne verschmerzen — wenn er, Metzger von Gottes Gnaden, den Pöbel und dessen Wahlrecht getrost hinter sich lassend, während einer gigantischen Zeremonie im Luisencenter seinen Thronnachfolger küren wird.

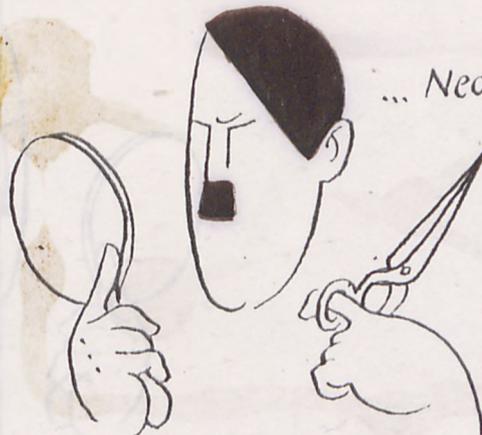
„Mein Gott! -
Man geht halt einfach
mit ...“



... der Mode. -
Was hat denn
das mit ...“



... Neonazismus
zu tun?!”



TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!TERMINE!!!

Mittwoch 15.03 (Aujourd'hui):

- * FS-Plenum im AStA 18.00 Uhr AStA
- * AG Bildungspolitik FB 15 18.00 Uhr Archi-Bau/Kuhle

Donnerstag 16.03. (Demain):

- * Konspirative Courage-Sitzung 18.00 Uhr AStA

Feste Termite (durchgängig in den Semester"ferien"):

- * AS - Grundstudium FB 20 Di 15.00 Uhr 25/06
- * AS - Interne Forderungen FB 20 Di 15.00 Uhr 25/06
- * AS - Studienordnung Informatik Di 17.00 Uhr 25/06
- * AS - Gesellschaftliche Auswirkungen der Informatik Di 18.00 Uhr 25/06
- * AS - Drittmittel/Geldflüsse Di 20.00 Uhr 25/06
- * AS - Mitbestimmung Mi 10.00 Uhr FS-Raum/Schloß
- * AS - Studentische Mitbestimmung FB 20 Mi 13.00 Uhr 25/06
- * ASID - (AS - Interdisziplinarität am Beispiel ISDN) Mi 18.30 Uhr vor 11/100
- * AG - Lehre FB 15 (Hauptthema Projektwoche SS) Do 20.00 Uhr Wächter Seminarraum
- * AS - Abschaffung der Hochschule Fr 10.00 Uhr FS-Raum/Schloß

KONSPIRATIVE COURAGE ?

In verschiedenen Anfragen und LeserInnen-briefen tauchte immer wieder die Frage auf, ob die Courage noch die Interessen der gesamten StudentInnenschaft vertreten kann. Einige Leute fanden ihre Position in einigen Artikeln nicht wieder. Dies gab uns Anlaß zu einer konspirativen Courage-Sitzung, in der wir unsere Positionen geklärt und unsere Ziele diskutiert haben.

Die in den autonomen Seminaren aufgestellten Forderungen scheinen auf den ersten Blick vorwiegend materielle und fachbezogene zu sein, sind aber in letzter Konsequenz, vor allem wo es um Änderung von Entscheidungsstrukturen geht, politische Forderungen. Nach längerer Diskussion haben wir uns entschieden weiterhin gesellschaftspolitische Themen aufzugreifen und in die Diskussion zu bringen. Natürlich ist es notwendig immer wieder den Bezug zu uns herzustellen. Diesen Bezug zu suchen und zu finden betrachten wir als unsere Aufgabe.

Wer Interesse daran hat eigene Positionen einzubringen ist herzlich zu unseren Redaktionssitzungen am Donnerstag 18 h und Montags 16.30 h eingeladen. Jeder Artikel trägt zur Meinungsbildung bei. Dies ist ein Ziel unseres Streiks. Um zu verhindern, daß die Vertretung einseitiger Interessen einen Keil zwischen die StudentInnenschaft treibt, ist es notwendig, daß in der Courage alle Positionen vertreten und diskutiert werden.



GEWALTAKT

DAS

— 1. MAL 16 SAIDEN Courage —